

Hamburger Echo

Preis 10 A

Das Hamburger Echo erscheint täglich einmal, außer den 2. Feiertagen.
 Bezugspreise: Monatlich 2,75 M., ohne Ladenfracht 2,25 M.,
 wöchentlich 0,65 M., ohne Ladenfracht 0,55 M., für Abnehmer
 0,60 M., ohne Ladenfracht 0,50 M. und durch die Post zu beziehen.
 Redaktion: Altonaer Straße 11, erster Stock, Altona. Telefon:
 24110-12. Verantwortlicher Redakteur: Paul Böhme, Altona.
 Verlagshaus: Altonaer Straße 11, erster Stock.
 Verlags- und Druckerei: Altonaer Straße 11, erster Stock.

Hamburg-Alttonaer Volksblatt

Gegründet 1875

Einzelgenposte versenden sich in Reichsmark: die 12 gepostete Nummern
 parcellweise 40 M., weitere Familienanzahlungen 25 M., Steuern-
 angebote 30 M., Steuerangebote 25 M., kleine Anzeigen die 8 Zeilen
 die Zeile 25 M., 10 bis 12 Zeilen die Zeile 30 M., Restbetrag 5 M.
 Anzeigen müssen im Voraus oder sofort bezahlt werden.
 Einzelgenommene Seiländerfrage 11 in ersten Stock (bis 7 Uhr abends)
 für den folgenden Tag, in den Büchern (bis 3 Uhr) und in allen
 Annoncenbüchern. Plan- und Datenblätter ohne Verbindlichkeit.

Nummer 68

Dienstag, 9. März 1926

52. Jahrgang

Sozialdemokratie und Steuerabbau.

Der Gesetzentwurf über Steuerermäßigungen zur Erleichterung der Wirtschaftslage fand am Montag im Mittelpunkt der Debatte des Reichstags über den Haushalt des Reichsfinanzministeriums. Der Entwurf sieht vor, daß die Umsatzsteuer von 1% auf 0,8% gesenkt wird. Er will ferner die Körperschaftsteuer mit Wirkung vom 1. April 1926 vollständig aufheben. Für wirtschaftlich gebotene Betriebszusammenschlüsse sind steuerliche Erleichterungen vorgesehen. Die Zahlungsansprüche sollen verlegt werden. Schließlich ist beabsichtigt, von einer Veranlagung der Vermögenssteuer in Höhe von drei Vierteln der vorjährigen abzugehen, um sie zu erhöhen. Es war vorausgesetzt, daß es über dieses Programm zu heftigen Auseinandersetzungen kommen würde. An der Spitze des Reichsfinanzministeriums steht statt des deutschen Reichsfinanzministers der Demokrat Reinhold. Auch ist die Regierungspartei des Vorjahres, die deutsche, zur Oppositionspartei, eine der Oppositionsparteien aber, die demokratische, zur Regierungspartei geworden.

Bereits in den Anträgen der Parteien ist das sichtbar geworden. Obwohl die Deutschen die Umwälzung von Steuern, wie er in dem Gesetzentwurf vorgesehen ist, finanziell für bedenklich halten, haben sie zahlreiche Anträge gestellt, die die Besteuerungen stark ermäßigen und die gesamte Landwirtschaft von jeglicher Einkommenbesteuerung freimachen würden. Diese Anträge sind nur aus dem agitatorischen Bedürfnis zu erklären, das die Deutschen als Oppositionspartei stets höher stellen als sachliche Erwägungen. Niemand aber ist das besser zu sehen als bei ihrer Stellung zur Umsatzsteuer. Dieser verlangten sie den Abbau der Umsatzsteuer, weil sie für die hohen Preise verantwortlich sei. Außerdem setzen sie mit dem Hinweis auf die Umsatzsteuer im vergangenen Sommer die Schuldfrage durch. Jetzt dagegen verlangen die Deutschen mit einem Mal die Aufrechterhaltung der Umsatzsteuer, damit die Besteuerungen ermäßigt werden können.

Die Sozialdemokratie hat sich an dem Weltlauf der Parteien zur Steuerermäßigung nicht beteiligt. Damit ist aber nicht gesagt, daß sie das bisherige Steuersystem für ideal hält. Auch wird nicht bestritten, daß die Verteilung der Steuerlast dringend reformbedürftig ist und eine größere Berücksichtigung sozialer Erwägungen auf der einen und der steuerlichen Leistungsfähigkeit auf der andern Seite verlangt. Für die Sozialdemokratie aber steht auch gegenwärtig die Frage im Vordergrund:

Können die Steuerlasten ermäßigt werden, ohne daß die sozialen Anforderungen an das Reich eingeschränkt werden müssen?

Diese Frage aber muß verneint werden. Eine im Gesamtergebnis über die Vorzüge des Reichsfinanzministeriums hinausgehende Steuerermäßigung müßte über kurz oder lang zu einer Unterdrückung der realen Wirtschaft führen, bei den sozialen Ausgaben des Reiches zu sparen, auf jeden Fall aber keine weiteren Gelder für die Verringerung der großen Not zur Verfügung zu stellen. Für die Masse der schuldlosen Opfer der Wirtschaftskrise, für die große Zahl der sonst Mitleidenden aber muß gesorgt werden. Die oberste Voraussetzung ist deshalb, daß für solche Zwecke Geld zur Verfügung ist.

An diesem Standpunkt kann die Sozialdemokratie um so eher festhalten, als die Senkung der Lohnsteuer bereits gesetzlich vorsehen ist. Unter dem Einfluß der Sozialdemokratie ist im vergangenen Sommer das Gesetz zustandekommen, das den Ertrag der Lohnsteuer auf 100 Millionen monatlich begrenzt. Wird dieser Betrag überschritten, so muß eine Ermäßigung der Lohnsteuer eintreten. Auf Grund dieser Bestimmung ist die steuerfreie Grenze zum 1. Januar 1926 von 80 auf 100 M. monatlich erhöht worden. Sobald bei besseren Wirtschaftsverhältnissen der Ertrag der Lohnsteuer weiter über 100 Millionen monatlich steigt, muß wiederum eine Ermäßigung eintreten. Mit ihr ist also ohne weiteres im Laufe des Jahres 1926 zu rechnen.

Im Mittelpunkt des Programms des Reichsfinanzministeriums steht die Ermäßigung der Umsatzsteuer von 1 auf 0,8%. Der Sprecher der Sozialdemokratie, Abgeordneter Sell, hat keinen Zweifel daran gelassen, daß der mit der Senkung der Umsatzsteuer, der unsoltesten Massensteuer, überhaupt eingeschlagene

Wege der Mäßigung der Sozialdemokratie findet. Sie verlangt aber die Herabsetzung der Umsatzsteuer auf mindestens ein halbes Prozent, damit ein größerer Anreiz zur Senkung der Preise gegeben ist. Sie will aber der Reichsregierung keine weiteren Mittel entgegenstellen, da die Senkung der Vermögenssteuer entschieden bekämpft, zumal die Herabsetzung der Vermögenssteuer auf Dreiviertel des Betrages des Vorjahres unbegründet ist und in der Hauptsache ein Geschenk an diejenigen Schichten, deren Lage es gestattet, zur Milderung der Notlage der Allgemeinheit beizutragen. Es muß aber ferner Sicherheit dafür getroffen werden, daß die Senkung der Umsatzsteuer auch in einer Ermäßigung der Preise zum Ausdruck kommt. Ferner ist der Gesetzentwurf vorzuziehen, daß der den Ländern und Gemeinden durch die Senkung der Umsatzsteuer etwa entstehende Steuerausfall als Anlaß zur Erhöhung der Hauszinssteuer benutzt wird. Eine Vergütung der Miete auf 100% und ein Verbot zur weiteren

Steigerung der Hauszinssteuer zu Finanzzwecken ist deshalb erforderlich. Auch darf man die Steuerfreiheit der Großlandwirtschaft ebenso wenig bestehen lassen, wie die Steuerhinterziehung anderer Besitzender.

Nur wenn in diesem Rahmen die Interessen der großen Massen des Volkes gewahrt werden, wird die Milderung der Steuerlast wirtschaftlich belebend wirken. Nur unter diesen Voraussetzungen kann auch die Sozialdemokratie dem Gesetzentwurf über Steuerermäßigungen ihre Zustimmung geben.

Der Prozeß gegen Heinrich Marx begann vor dem Berliner Gericht. Er wird des Betrugs in sechs Fällen beschuldigt. Einer der Betrugsfälle betrifft die Preußische Staatsbank (Seehandlung). Marx soll einen Wechsel über 221.000 M., den er von der Seehandlung lediglich zum Einlösen bekommen hatte, für sich selbst verwandt haben, indem er an Stelle des eingezogenen Betrages angeblich eigene Vermögenswerte gegeben hatte.

Fürstenhabgier und Fürstentum.

Eigentum ist Diebstahl.

Geschichte eines Hohenzollernschloßes.

Die Deutsche Tageszeitung, das Berliner deutsche nationale Organ, liefert in ihrer Nummer vom 25. Februar 1926 einen instruktiven Beitrag zum Thema, wie die Hohenzollern zu Vermögen kamen.

Sie schildert das Schicksal Friedrichs, das sich jetzt im Besitz der Familie von Trechow befindet. Das Schloß war ursprünglich im Besitz der Hohenzollern zu diesem Besitz gekommen. Es wird aber die Hohenzollern zu diesem Besitz gekommen. Es wird aber die Hohenzollern zu diesem Besitz gekommen. Es wird aber die Hohenzollern zu diesem Besitz gekommen.

„Nach dem Aufbruch des Königs nach Danzig durch die Untertanen seiner Weiber in Danzig. Sein Besitz und sein Vermögen wurde konfisziert. Friedrich III. nahm Hofensfeld in Besitz und änderte seinen Namen in Friedrichsfeld um; dorthin ließ der Herrscher auch die wertvolle Einrichtung aus Haukes Berliner Wohnung bringen.“

Nach dem Tode des Deutschen Tageszeitung haben die Hohenzollern Benjamin Hauke entschuldigungslos enteignet, und zwar zu ihren Gunsten. Der Gegenwert für die wertvolle Bestuhlung, die sie später veräußert haben, gehört heute zu ihrem „unberühmbaren Privatvermögen“. Es geschah den Hohenzollern nur Recht, wenn sie heute durch das Volk zugunsten des Volkes enteignet werden, nachdem sie ein so ehrsüchtiges Beispiel eines „Eingriffes in das Privatvermögen“ eines Privatmannes zu ihrer Bereicherung gegeben haben.

Wucher mit seinem Mund.

Bei dem Feinsold des brandenburgischen Provinzialparlamentes am 8. März 1890 sprach Herr der berühmten Wort: „Ich gebe nach Kräften und meinem Vermögen so zu verfahren, daß ich noch manchen andern hoffentlich werde begünstigen können. Diejenigen, die sich dabei bemühen, sind wir bei dieser Arbeit entgegenkommen. Gerüstettere ist.“

Hans Doorn zeigt einige Erfolge des Wuchers. Hans Doorn hat eine Größe von rund 280 Wurzeln; es besteht aus einer Villa, verschiedenen Nebengebäuden sowie Gärten, Wiesen und Parkanlagen.

Der Preis des gesamten Landbesitzes betrug beim Kauf 1.250.000 holländische Gulden, die in drei Raten bezahlt worden sind!

Seit er ist „Hans Doorn“ fortgesetzt weiter ausgestattet und in wühlerischem Eifer „berühmter“. So sind Marmor- und Eisenarbeiten, für Güter ist ein besonderes Haus errichtet und vieles andere ist angekauft worden.

„Hans Doorn“ ist bis unter das Dach mit den wertvollsten Möbeln, Teppichen und Bildern vollgestopft.

Die Silberkammer des „Hans Doorn“ enthält nicht nur einhundert Silberne Stücke, sondern in der entsprechenden Anzahl, was an Bestecken, Kesselwagen und sonstigem Zubehör bei einem König, der seinem Volk nichts aufzue haben zu erwarten ist. Wilhelm besitzt sogar ein großes silbernes Tafeldeck!

Im Geldmarkt ungerichtet besitzt Wilhelm außerdem ein angelegtes Vermögen, das etwa 80 Millionen beträgt.

Wenn Wilhelm von Deutschland nicht einen Pfennig mehr erhält, so wird er demnach in Zukunft mit dem sonstigen Gliedern der hohenzollernschen Familie besser weiterleben als 90% des deutschen Volkes!

Deferieur und Franzosenhändler als Fürstentum.

Hans Ringler ist einer der Kapocien, die im Sold der Monarchisten als Diskussionsredner auf Volksversammlungen losgelassen werden. In einer Augsburger Versammlung wurde ihm vom Versammlungsvorstand folgende Frage zur Beantwortung vorgelegt: Ob Hans Ringler mit einem Mann identisch sei, der feinerzeit fahnenflüchtig gewesen, im besetzten Gebiet in den Diensten der Franzosen gestanden, vor nicht langer Zeit eine zweiwöchige Zuchthausstrafe verbüßt und auch sonst noch allerlei auf dem Kerbhof habe.

Die Versammlung lehnte es daraufhin ab, Ringler als Diskussionsredner anzunehmen. Dieser Hans Ringler ist verantwortlich Schriftleiter und Verlagsdirektor des „Kampfblatt der nationalsozialistischen Bewegung Großdeutschlands“, „Der Fahrenkreuzer“, eines in Innsbruck gedruckten Organs Adolf Hitlers; sein Verlag befindet sich in Berlin NW 21.

Dieser Ringler ist zweifellos fahnenflüchtig in der Ausweiser in Dorn, im Franzosenland haben so ziemlich alle landesfürstlichen Familien gegen Vertreiberlohn gestanden und auch sonst haben sie allerlei auf dem Kerbhof.

Judenhebe des Stahlhelms zur Ablenkung.

Der Stahlhelmkommandeur Oberst Dülberg denkt dem Volkseigenen gegen die deutschen Fürsten einen Volksentwurf gegen die Juden als Konkurrenzunternehmen entgegenzusetzen. Vor dem Amtsgericht Halle ist dieser Tage unter Nr. 497 des Vereinsregisters ein „Reichsbund zur Vorbereitung eines Verfassungsmäßigen Volksentwurfes über die Lösung der Judenfrage“ eingetragen worden. Als „Geschäftsführer“ sind selbstverständlich einige Strohmannen ernannt worden; in Wirklichkeit ist Oberst Dülberg als Bevollmächtigter des Stahlhelms der eigentliche Macher. Als Ziel nennen die Statuten die Ausweisung aller seit 1. August 1914 eingewanderten Juden unter Verschlagnahme ihres Vermögens. Die Mitglieder des Bundes sind verpflichtet, „den Juden in jeder Weise aus dem Wege zu gehen“.

Dülberg scheint die enteigneten Spar- und Hypothekengläubiger für sich dumm zu halten. Er will sein blaues Wunder erleben. Das Galische Abteilungsmandat wird keinen Volkseigenen vom Untergrund des Volkseigenen abhalten.

Landbuntterror.

Severings Energie hat dem Landbunde die Sabotage durch Gemeindefürsorge verboten. Nun probieren die Landbundler andere Mittel. Im „Landbunde“, dem Landbundenorgan für die Grenzmark Posen-Westpreußen, findet sich die folgende Landbundebelehrung für den Bezirk Kreis:

Fürstentum. Die Listen werden vom 4. bis 17. März bei den Gemeindefürsorgern zur Entgegung ausliegen. Bei der Aufstellung einer Statistik bitten wir unsere Ortsgruppenführer, uns am 17. März mitzuteilen, ob sich irgendwelche Landwirte in die Listen eingeschrieben haben, um den Diebstahl zu unterbinden.

Die Durchführung dieser Terroraktion ist voraus, daß die Gemeindefürsorge der Ortsgruppenführer des Landbundes Einsicht in die Listen geben. Das ist eine grobe Pflichtenverletzung! Dagegen muß ebenso scharf wie gegen jeden Sabotageverstoß eingeschritten werden.

Trotz aller Landbundebelehrungen aber zeigt sich auch auf dem Lande, daß die Landbevölkerung gut versteht, daß der Diebstahl am Volk verbreitet werden muß.

Der Schuß auf den Teufel.

Eine Geschichte aus dem Frankenwald von Gustav Schröder.

Da sagte Amanda bitter: „Der Fidas kommt nicht, wie Du gedacht hast.“

„Was ist ihm wohl schiefgegangen?“, wenn er nicht gutwillig kommt, dann kommt er eben anders. — „Mach jetzt, daß Du ins Bett kommst.“

Am selben Tage, an dem Fidas Anger den Verdruß mit Amanda Hohwein hatte, nahm Georg Wiesel seine Linda vor. Sie waren allein in der Stube. Der Großvater fuhr dänger, und die Großmutter war in die Stadt gegangen, die letzten Gänse zu verkaufen.

„Linda“, begann Georg Wiesel, „ich muß nun bald wieder fort, und ich weiß nicht, ob ich zu Weihnachten wiederkommen kann. Wir müssen einmal darüber reden, wie es werden soll.“

Linda sah dem Vater gegenüber und schweigend. Der fuhr fort: „Wie ich es mir schon immer gedacht habe, weißt Du. Ich habe mich nun fünfundsiebzig Jahre draußen herumgetrieben, und es war eigentlich bloß die paar Jahre schön, die Deine Mutter bei mir war. Sonst war ich immer unter fremden Leuten, und auf die Dauer paßt mir das nicht. Ich werde älter, und da will man seine Ordnung haben.“

„Vater“, fiel Linda ein, „warum ziehst Du denn nicht hierher? Du kannst doch jeden Tag Großvaters Zeug übernehmen, und wenn Dir das Haus nicht schon satt ist, dann kaufst Du.“

Wiesel schüttelte den Kopf. „Das ist leeres Gerede. Ob das Haus schon oder häßlich, die Wirtschaft klein oder groß ist, das ist einerlei — ich zieh nicht aufs Dorf. Ich kann die Bauernarbeit nicht, und wenn ich die auch noch lernen würde, ich mag den Klatsch und das Gerätz in den Dörfern nicht leiden. Hier kümmert sich einer zuviel um den andern. Aus jeder Müde machen sie ein Pferd, und wenn bei einem die Sau

den Hüften kriegt, dann rennt das halbe Dorf und kocht Kamillentee. — Ich gehe nicht aufs Dorf. Es kommt bloß darauf an, ob ich ohne Dich in die Stadt ziehen muß oder ob Du mit mir gehst.“ Linda sah ihn in heißer Angst an. Die Angst machte sie töricht.

Sie trotzte: „Ich bleibe, wo ich bin.“

Der Vater lächelte. „Das ist für dich gesagt. Du mußt die Geschichte richtig angucken. Boreck bist Du noch nicht mündig, und wenn ich's als Vater verlange, da ist nichts dagegen zu machen, da ziehst Du mit. Aber soweit will ich ja gar nicht gehen. Das wäre das Beste. Warum willst Du denn nicht in die Stadt?“

„Weil, weil ich nicht hinpasse.“

„Woher weist Du denn das?“

„Ich bin oft satt zum Markte gewesen und kenne die Stadt. Da könnt's mir nicht gefallen.“

„Warum läufst Du denn da zu jedem Markt?“

„Ja, ... man hat doch sonst gar nichts.“

„Das wollte ich bloß hören, und nun hast Du dich selber gefangen.“

Linda fing an zu weinen. „Vater, warum mußt Du mich denn so ärgern, wo Du so selten da bist, und wo ich mich so auf Dich gefreut habe.“

„Ich wollte dich ärgern? Da könnt's ich doch viel eher sagen, Du wollest mich ärgern. Wie Du auf die Welt gekommen warst, habe ich zu Deiner Mutter gesagt: Noch zehn, zwölf Jahre, dann machen wir's uns gemütlich, dann ziehen wir in die Stadt. Das läßt sich machen.“

Machtwort zu sprechen. Das tut die Linda nicht, daß sie mich auf meine alten Tage allein lasst.“

Das Mädchen weinte stärker. Sie schlug das Gesicht nieder, war über und über rot, und rang es aus sich heraus: „Vaterle ich — kann nicht.“

„Das klingt schon anders wie: Ich will nicht. Du k a n n s t nicht. Warum kannst Du denn nicht?“

„Vater ... ich ... weiß selber nicht.“

„Dann will ich es Dir sagen. Wir wollen uns kein X für ein U vormachen. Ich habe zur Kirmes meine Augen nicht in der Tasche gehabt. — Seit wann ist denn die Geschichte mit dem Fidas Anger?“

„Seit — seit dem Sonntage.“

„So, noch nicht älter?“

„Ach ja, sie ist schon älter, aber halt ... ich ... weiß das nicht.“

„Im. Und wie weit ist sie nun jetzt?“

„Vaterle, Vaterle, Du mußt nicht so garstig sein. Der Fidas ist doch ...“

Georg Wiesel lächelte. „Freilich, der Fidas ist der Fidas, und außer dem gib's keinen andern.“

Lindas Augen blühten. „Ja, Vater. Für mich nicht.“

„So sagen sie alle. Das ist weiter nicht schlimm.“

„Dann bist Du dumm genug. Angeden hat weiter keine Gefahr. Also der Fidas ist der erste Burche ...“

„Und bleibst der einzige.“

„So. Dann können wir uns ja alles weitere ersparen. Hat der Fidas nicht gesagt, wann er mit mir reden will?“

„Das hat er schon vorgestern genollt, aber ich habe gesagt, ich, ich ...“

„Mühte den Alten erst so langsam herumzutreiben.“

„So habe ich nicht gesagt.“ Wieder blühten Lindas Augen hell auf, wieder lächelte der Vater.

„Dann war's anders. Und wann will er an mich kommen?“

„Dorn.“

„Das ist noch ein halbes Jahr hin. Nun paß gut auf, Linda, was ich jetzt sage: Ich habe selber zwölf hinter mir, und Euch zwei auseinander zu reiben, wenn für Euch durchaus Leben und Seligkeit daran hängt, daß Ihr Euch heiratet. Ist das so, dann mache ich mein einziges Kind nicht unglücklich, da bleibe ich allein und muß halt sehen, wie ich mich durchschlage. Auf das Dorf ziehe ich nicht. Paß auf: Du gehst auf ein halbes, wenn es sein kann auf ein ganzes Jahr, in die Stadt, egal, ob ich dort wohne oder nicht. Das verlange ich, und da gib's kein Martien. Nun hast Du die Wahl: Willst Du die Zeit gleich abschicken, dann kann's morgen schon losgehen. Willst Du jetzt freimillich, dann nimmst Du Oftern. Davor bewahren Dich keine Tränen und keine Bitten. hinaus mußt Du. Du kannst Dich gleich entscheiden, es hat aber auch bis morgen Zeit.“

„Vater, jetzt kann ich nicht fort.“

„Warum nicht?“

„Die Großmutter kann immer weniger zujassen.“

„Das kann zu Oftern noch viel schlimmer sein. — Du denkst, kommt Zeit, kommt Rat, aber Linda, mach Dir keine falschen Hoffnungen. Bei dem, was ich gesagt habe, bleib's, und nun wären wir für diesmal fertig.“

(Fortsetzung folgt.)